

Frankfurter Allgemeine Zeitung / 28.06.2012 / S. 10

Fremde Federn: Elmar Brok und Michael Spindelegger

Schönwetterintegration ist zu wenig

Europa totreden – ein Wettbewerb um die düstersten Vorhersagen und radikalsten Exit-Strategien scheint viele innerhalb und außerhalb der Union magisch anzuziehen. Aber warum verwenden wir so viel Energie auf eine negative Debatte, die selbst zum Krisenfaktor geworden ist. Es wäre an der Zeit, mit der Hysterie Schluss zu machen und die nächsten Arbeitsschritte für eine notwendige Weiterentwicklung der Union anzugehen.

Mit ihrem dieser Tage vorgestellten Bericht haben EU-Ratspräsident Herman van Rompuy und die Präsidenten von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Eurogruppe einen solchen Schritt zur Behebung der Konstruktionsmängel und für die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion gesetzt.

Das Papier hebt das notwendige Verhältnis von Kontrolle und Solidarität deutlich hervor und betont die unerlässliche demokratische Legitimierung, insbesondere durch die Mitwirkung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente. Es ist wichtig, dass die Vorschläge schnell konkretisiert werden, auch jene, die eine Vertragsänderung erfordern. Auf jeden Fall wird diese klare Festlegung auf eine vertiefte EU, auf die Politische Union, das notwendige Signal an die Bürger Europas und die Finanzmärkte sein: Es zeigt, dass auch in der Krise die Europäer zusammenstehen und den Integrationsprozess vorantreiben.

Europa ist eine große und weltweit einzigartige Idee. Viele Generationen haben sich für Freiheit, Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität eingesetzt; dies hat Wohlstand und Sicherheit gebracht. Kein anderer Kontinent, keine andere Kooperation von Staaten hat es zu vergleichbarer friedlicher Integration gebracht. Wegen der globalen Herausforderungen wird die Europäische Union heute mehr denn je in vielen Teilen der Welt als Vorbild gesehen, selbst in diesen Monaten, da enthemmte Finanzmarktmechanismen einen bedrohlichen Teufelskreis in Gang gesetzt haben.

Aber das Vertrauen in den Euro und in die Union hat stark gelitten. Was in

den vergangenen Jahrzehnten sicher und unerschütterlich schien, gibt jetzt Grund zu Sorge. Die Solidarität der Bürger mit der Union wird auf eine harte Probe gestellt.

Die Akzeptanz der EU wird immer dann sichergestellt sein, wenn sie ihr Bestehen mit sichtbaren Erfolgen in der Bewältigung aktueller Probleme rechtfertigt. Das ist sicherlich die wichtigste Aufgabe: die Wahrnehmung dessen zu stärken, welchen Mehrwert die EU ergibt. Dazu reicht es nicht aus, dass die Menschen in Europa die Politik der Union passiv mitverfolgen. Sie müssen die europäische Politik mitgestalten können. Je tiefer eine Entscheidung greift, die „in Brüssel“ getroffen wird, desto stärker muss auf nationaler und lokaler Ebene darauf geachtet werden, dass die Bürger in diese Prozesse eingebunden werden, damit sie diese mittragen können.

Zunächst heißt das, bestehende Mitsprachemöglichkeiten besser nutzbar zu machen: die Wahlen zum Europäischen Parlament, die Europäische Bürgerinitiative, Beteiligung an Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission, Petitionen an das Europäische Parlament oder Beschwerden beim Europäischen Ombudsmann.

Daher brauchen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments und der Gemeinschaftsinstitutionen auf ihren jeweiligen Ebenen sowie eine engere Kooperation zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten. Wir müssen darüber hinaus weiterdenken: Warum soll der Kommissionspräsident nicht durch Direktwahl bestimmt werden? Das Europäische Parlament sollte ein zusätzliches Initiativrecht erhalten, damit es die Repräsentation der Bürger klarer ausüben kann. Der Dialog mit den Bürgern muss intensiviert, transparent und ergebnisorientiert gestaltet werden. Das Subsidiaritätsprinzip und die Verhältnismäßigkeit müssen nicht nur gewahrt, sondern weiter gestärkt werden. Dies sicherzustellen ist auch Aufgabe der nationalen Parlamente.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und der Kommission muss lau-

fend auf seine Tauglichkeit geprüft werden. Wir benötigen eine einflussreiche und mutige Politik, um Systemänderungen hin zu mehr Handlungsfähigkeit und demokratischer Legitimation durchzusetzen. Dazu kann es nötig werden, dass einzelne Mitgliedstaaten in der verstärkten Zusammenarbeit auf bestimmten Feldern vorausgehen. Dies muss in der Rechtsgemeinschaft „EU“ stets unter Achtung der Gemeinschaftsmethode geschehen.

Die Krise hat uns die Augen dafür geöffnet, dass wir uns eine reine Schönwetterintegration nicht leisten können. Wir stehen im globalen Wettbewerb, wir werden uns entweder behaupten oder verlieren. Reformen zu verschleppen und aus dieser Krise nicht eine Chance zu machen, wäre ein grobes Vergehen an den kommenden Generationen. Wir sind davon überzeugt: Wir benötigen ein Mehr an Europa. Dazu lautet das Gebot:

Erstens: kein Rückfall in Nationalismen und Desintegration. Schluss mit den Selbstzweifeln. Mehr Engagement, Selbstbewusstsein und Vertrauen.

Zweitens: Reformbereitschaft beweisen. Starke, handlungsfähige und demokratisch legitimierte europäische Institutionen und Instrumente. Und eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und Europa, wenn nötig durch eine Vertragsänderung.

Drittens: mehr Legitimität und Klarheit. Europa muss für seine Bürger verständlich und nachvollziehbar sein.

Viertens: Vorrang für die Gemeinschaftsmethode. Ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten nur dann, wenn es für das Integrationsprojekt unvermeidbar ist.

Und schließlich: Erfüllen wir den europäischen Leitspruch „Einheit in Vielfalt“ mit mehr Leben. Bewahren wir unsere nationalen Identitäten, aber gewinnen wir wieder mehr europäische Identität dazu.

Elmar Brok ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments und des CDU-Bundesfachausschusses Außen-, Sicherheits- und Europapolitik.

Michael Spindelegger ist Vizekanzler und Außenminister der Republik Österreich und Vorsitzender der Österreichischen Volkspartei.